

WELT+

MEINUNG

KOALITIONSVERTRAG

Das Ende der Grünen als Naturschutz-Partei

Stand: 15:13 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Axel Bojanowski**
Chefreporter Wissenschaft



WELT-Autor Axel Bojanowski

Quelle: Martin U.K. Lengemann/ WELT

Die neue Regierung erklärt erneuerbare Energien zum Fall für die „öffentliche Sicherheit“, für die sämtliche Hürden und Hemmnisse aus dem Weg geräumt werden müssten. Damit stellt sich die Ampel-Koalition gegen europäisches Recht – und die Grünen womöglich gegen Naturschutz.

„Der Erhalt der Artenvielfalt ist eine Menschheitsaufgabe und eine ethische Verpflichtung“, schreibt die angehende Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag. „Wir wollen die biologische Vielfalt schützen und verbessern, ihre nachhaltige Nutzung sichern und die Potenziale des natürlichen Klimaschutzes nutzen“, heißt es weiter. Doch die Passage ist ein Ablenkungsmanöver.

In Wirklichkeit plant die neue Koalition einen Angriff auf den Naturschutz. Ironischerweise

sind es besonders die Grünen, die zur Bedrohung für die Tier- und Pflanzenwelt werden. Denn die neue Bundesregierung will den Ausbau der erneuerbaren Energien mit der Macht des Gesetzes vorantreiben – auf Kosten der Natur.

Für Erneuerbare Energien würden „alle Hürden und Hemmnisse aus dem Weg geräumt“, denn sie dienten der öffentlichen Sicherheit, heißt es im Koalitionsvertrag. Das solle auch gesetzlich festgeschrieben werden. Für einen Streitfall hieße das konkret, dass der Bau von Windkraftanlagen andere Interessen, wie den Schutz bedrohter Vogelarten, grundsätzlich ausstechen würde.

Die neue Bundesregierung verspricht Ausgleich: „Wir werden uns für eine stärkere Ausrichtung auf den Populationsschutz, eine Klärung des Verhältnisses von Arten- und Klimaschutz einsetzen“, schreibt sie im Koalitionsvertrag. Ihr Vorhaben widerspräche allerdings einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), sagt Joachim Weimann, Experte für Energie- und Klimapolitik an der Universität Magdeburg.

„Der EuGH hat dieses Jahr ein Grundsatzurteil zum Artenschutz gesprochen, in dem er klargestellt hat, dass es eben nicht um Populationsschutz geht, sondern um den Schutz jedes einzelnen bedrohten Tieres, also um Individualschutz“, sagt Weimann. Das macht das Urteil hinderlich für den Ausbau der Windkraft.

„Also versucht man jetzt, das Europarecht zu beugen und zu umgehen“, so der Experte. Zwei Prozent der Fläche in jedem Bundesland will die neue Regierungskoalition mit Windkraftanlagen bestücken. Auch im Meer sollen abertausende Anlagen hinzukommen, sogar höher als 200 Meter.

Nicht naturverträglich

Damit konterkariere das Vorhaben die im Koalitionsvertrag angepriesenen Ziele zum Meeresschutz, sagt Kim Detloff vom Naturschutzbund Deutschland: Alles, was sich Gutes im Kapitel Meeresschutz finde, werde durch die ambitionierten Ausbauziele der Windkraft konterkariert, klagt Detloff. „Bitter, was von der naturverträglichen Energiewende bleibt.“

Bei der Abwägung zwischen Naturschutz und Klimaschutz haben sich die Grünen entschieden: „Die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen, hat für uns oberste Priorität“, heißt es im Koalitionsvertrag auf Betreiben der einstigen Umweltschutzpartei. Nach dem Abschalten der klimafreundlichen Kernkraftwerke setzt die Partei alles auf Wind und Sonne. „Dafür sind sie bereit, alles andere zu opfern“, sagt Weimann.

Die Priorisierung stünde auch im Widerspruch zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimagesetz. „Darin steht, dass der Gesetzgeber Maßnahmen zum Klimaschutz ergreifen muss, die effektiv und konsistent sind“, erläutert Klimaexperte Weimann. Nur so lasse sich die Last verringern, die zukünftige Generationen zu tragen haben, doch die geplante Klimapolitik würde durch den mangelnden Umweltschutz genau das Gegenteil tun. „Der Ausbau der Erneuerbaren ist deshalb mit Sicherheit verfassungswidrig“, meint der Wissenschaftler.

„Klimaschutz vor Artenschutz, das ist die Devise der neuen Bundesregierung“, bilanziert auch Gernot Engel, Experte für Energierecht von der Kanzlei Luther. Die beabsichtigte Genehmigungsbeschleunigung für Windkraftanlagen würde die Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürger beschneiden. „Akzeptanz für die Energiewende schaffen sieht anders aus“, sagt Engel. Der Einspruch europäischer Richter sei wahrscheinlich.

Von der Naturschutzpartei zur Klimaschutzpartei

Die neue Bundesregierung hegt offenbar die Hoffnung, die europäische Rechtslage ändern zu können: „Wir werden uns für eine stärkere Ausrichtung auf den Populationsschutz auf europäischer Ebene einsetzen“, heißt es im Koalitionsvertrag. Sie würde „Rechtssicherheit im Artenschutzrecht“ schaffen, verkündet die Ampel-Koalition, „durch die Anwendung einer bundeseinheitlichen Bewertungsmethode bei der Artenschutzprüfung von Windenergievorhaben“.

Die Grünen haben sich mit ihrer Klimapolitik in der neuen Koalition durchgesetzt. Die Partei hat eine Kehrtwende von der Naturschutzpartei zur Klimapartei hinter sich: „Artenschutz, Landschaftsschutz oder Erhalt von Wäldern und Naherholungsgebieten – alles spielt keine

Rolle, solange es um neue Windräder geht“, sagt Weimann.

Die Ampel-Koalition ist unter Zugzwang: Wegen Atomausstieg und Kohleausstieg muss sich das Ausbautempo Erneuerbarer Energien vervielfachen. Doch insbesondere Windkraftprojekte auf dem Land stoßen auf Widerstand von Anwohnern und Naturschützern. Zusätzlicher Strombedarf zur Elektrifizierung des Verkehrs und zum geplanten Aufbau einer industriellen Wasserstoff-Produktion erhöht den Strombedarf in Zukunft.

Unstrittig war in der Rechtsprechung bislang lediglich, dass die Stromversorgung allgemein im Interesse der Öffentlichkeit ist, im Sinne der Versorgungssicherheit. Dass nun einzig die Nutzung einer bestimmten Art von Elektrizität – Ökostrom – der öffentlichen Sicherheit dienen soll, hatte Experten bereits überrascht, als ein entsprechender Passus vergangenes Jahr ins Erneuerbare-Energie-Gesetz geschrieben werden sollte. Nach Protesten verschwand die Klausel wieder.

Der Widerstand kam von den Mitgliedern der Basis der Naturschutzverbände. Deren Funktionäre hingegen haben sich längst arrangiert: Klimaschutz sei auch Naturschutz, ein Kompromiss erfordere Opfer, so lautet ihre Rechtfertigung für das Aufgeben ihrer Grundprinzipien, des Schutzes von Tieren und Pflanzen.

Die Kompromissfindung dürfte erleichtert haben, dass Dutzende Führungskräfte etwa beim Naturschutzverband BUND wirtschaftlich mit der Windkraftindustrie verflochten sind. „Wir sehen wichtige Impulse für Klimapolitik und Naturschutz“, lobte der BUND nun auch den neuen Koalitionsvertrag.

Wissenschaftler Weimann flüchtet sich in Sarkasmus: „Eine Generation wird heranwachsen, die intakte Landschaften in Deutschland nicht mehr kennt“, meint er. „Im Ausland aber wird sie erleben, dass es auch anders gegangen wäre und man Klimaschutz auch betreiben kann, ohne die lokale Natur zu zerstören“. Die Klientel der Grünen aber lebt vor allem in Großstädten, fernab von Windkraftanlagen und Stromtrassen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  135

NEIN  4

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/235278802>